

Den Darstellungsteil gliederte er in die Abschnitte: Die ökumenische Bewegung am Vorabend des deutschen Kirchenkampfes; Die ökumenische Bewegung vor der Judenfrage; Kirche und totaler Staat; Die Kirche und die Kirchen. Für die Dokumentation wählte er 66 Texte aus, die er in ihrem Original veröffentlicht. Dem Literaturverzeichnis folgen die zitierten Texte in Übersetzung.

Besonderes Interesse verdient in unserem Zusammenhang der Abschnitt über die ökumenische Bewegung vor der Judenfrage. Während in Deutschland es den Nationalsozialisten gelang, die Kirchenmänner zu betören, so daß sich gegen die Aushöhlung der demokratischen Staatsform kein Protest erhob, sah man im Ausland klarer. Vorsichtige, brüderliche Anfragen lösten in Deutschland aber nur Protesttelegramme wegen Verleumdungspropaganda aus. Der Boykott gegen die Juden löste im Ausland dringlichere Fragen aus. Verfasser dokumentiert, daß es nun auch nicht in Deutschland an Stimmen fehlte, die zur Stellungnahme aufforderten. Bonhoeffer, der die durch den Antisemitismus der Kirche gestellten Fragen am klarsten durchdachte, wird dabei ein großer Raum gewidmet. Sehr eingehend wird auch der Einsatz von Bischof Bell von Chichester gewürdigt. Die Einführung des Arierparagraphen forderte die Antwort der Ökumenischen Bewegung heraus. Doch kam es zu sehr unterschiedlichen Stellungnahmen. Die Unterstützung der Bekennenden Kirche in dieser Frage führte dazu, daß die Stellungnahmen zur Judenfrage auf diesen Punkt eingeschränkt wurden. Man war zwar bereit, allen jüdischen Flüchtlingen zu helfen, konnte aber in der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus des NS-Staates nicht weiter gehen, als die Bekennende Kirche selber zu gehen bereit war. Immerhin stellte der Kampf um den Arierparagraphen bereits die ökumenische Bewegung vor die Frage nach der Entscheidung zwischen wahrer und falscher Kirche, rührte damit an die Grundlagen des kirchlichen Selbstverständnisses. Darum hat dieser Abschnitt auch für das Buch von Boyens eine zentrale Bedeutung. W. E.

KARL DIETRICH BRACHER: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur. Folgen des Nationalsozialismus. Köln 1969. Verlag Kiepenheuer und Witsch. 580 Seiten.

Daß innerhalb des gleichen Jahres ein umfangreiches wissenschaftliches Werk bereits eine zweite Auflage erlebt, dürfte nicht allzu häufig sein. Bei dem vorliegenden Band ist es jedoch der Fall. Karl Dietrich Bracher bietet mit seinem Kompendium eine umfassende Darstellung der Vorgeschichte, des Werdens und Wesens des Nationalsozialismus und seiner Nachwirkungen. Unter den Voraussetzungen war auch die Rolle des Antisemitismus zu behandeln, die gefährliche Wirkung einer Fälschung wie der der „Protokolle der Weisen von Zion“, die Verbreitung der Stereotype, des Bildes vom „typischen“ Juden. Bracher weist darauf hin, daß auch durchaus liberale Autoren sich ihrer bedienten, ohne deswegen an rassistische Überzeugungen gebunden zu sein (Gustav Freytag, Wilhelm Raabe), und sieht darin eine „Tatsache, die später vielen gutbürgerlichen Deutschen, die der rassistischen Doktrin nicht glaubten, doch die passive Hinnahme des nationalsozialistischen Antisemitismus ermöglicht hat“ (S. 37). Die Propagandisten des Antisemitismus „kamen vorwiegend aus städtischem Milieu, waren meist den christlichen Kirchen entfremdet und gehörten zu der wachsenden Schicht der kleinbürgerlichen Halbgebildeten.

Ihr Hintergrund war meist protestantisch, ihre Einstellung nationalistisch, ihre Ausbildung überdurchschnittlich, freilich oft nicht abgeschlossen . . . Soziale und berufliche Frustration sowie Antiintellektualismus waren die Wurzeln ihres Wirkens und ihrer Wirkung“ (S. 41). Daß die antisemitischen Vorläufer des Nationalsozialismus vor dem Ersten Weltkrieg keine politische Chance besaßen, erklärt Bracher einmal aus ihrer Uneinigkeit über ihre Zielsetzungen sowie über den Begriff des Juden selbst, sodann aber auch aus der Tatsache, daß die dominierenden konservativen Gruppen den Hauptfeind im Sozialismus und nicht in einem als „jüdisch“ bezeichneten Kapitalismus sahen. Aber immerhin war der Virus des Antisemitismus stark genug, um in Zeiten politischer und wirtschaftlicher Krisen erneut hervorzutreten. Der biologistische Wahnsinn der NS-Ideologie kulminierte in der Ermordung von mehr als 6 Millionen Juden. Mit Recht hebt Bracher hervor, daß diese Vernichtungsaktion alles überbietet, was es an Terror zuvor in Kriegen und Revolutionen gab. Er weist darauf hin, daß die Wehrmacht dabei vielfach mit der SS zusammengearbeitet hat, zum Komplizen der NS-Politik wurde. „Der Sieg der SS über die Wehrmacht, der sich seit dem Sommer 1944 auch äußerlich abzeichnete, ist in Wahrheit schon bei Kriegsbeginn mit der Hinnahme des SS-Mordsystems entschieden worden“ (S. 468). Den Widerstand der Kirchen kennzeichnet Bracher als partiell, bei einzelnen Personen zu finden. Eine Widerstandsopposition in größerem Rahmen aber sei nicht gelungen. Charakteristisch ist für ihn die zwiespältige Haltung der Kirche in der Judenfrage. „Die Kritik am Arierparagraphen hinderte nicht die Fortdauer eines traditionellen Antisemitismus, dem protestantischen und katholischen Widerspruch gegen die Euthanasie trat kein entsprechender Protest gegen die Judenpolitik zur Seite; die Gegenwirkung blieb auf Einzelaktionen oder Hilfsmaßnahmen beschränkt“ (S. 417). „Im katholischen Denken gehörte der Antisemitismus zu den Traditionen, die eine prinzipielle Distanzierung von der nationalsozialistischen Judenpolitik behinderten, mochte die Kritik an Methoden und Formen dieser Politik im einzelnen noch so entschieden sein“ (S. 422). Bracher kommt also zu ähnlichen Ergebnissen wie auch Greive. Sein Buch geht aber darüber hinaus auch den Gegenwartswirkungen der NS-Ideologie nach. Seine Lektüre sollte zum Pflichtpensum werden. W. E.

DETLEF JUNKER: Die Deutsche Zentrumsparterie und Hitler 1932/33. Stuttgart 1969. Ernst Klett Verlag. 248 Seiten.

Unter den zahlreichen Studien, deren Verfasser sich mit dem letzten Jahr der Weimarer Republik befassen, muß gewiß auch die Frage behandelt werden, in welcher Weise damals das Zentrum operiert hat. Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Auch das Zentrum hat bei weitem die abgrundtiefe Gefährlichkeit, Bosheit und Verlogenheit Hitlers nicht erkannt, sondern meinte in den Jahren 1932/33 mit diesem noch in Verhandlungen eintreten zu können. Das Zentrum versuchte 1932 das absolut Unmögliche: Es wollte gegen Papen opponieren, mit Hitler verhandeln und strikt auf der Verfassung bestehen. Hitler hingegen war niemals wirklich zur Koalition mit dem Zentrum bereit. Goebbels sagt darüber: „Es wird einem speiübel, wenn man selbst seine Hände dazu bieten soll, daß die politisierenden Prälaten sich wieder einschalten können...“ (S. 108). Die Zentrums politik beruhte vom Sturz Brünings

bis zum 30. Januar auf einigen konstanten Faktoren. Dazu gehörten die kompromißlose Ablehnung aller Pläne, die auf einen Verfassungsbruch hinausliefen, und der Kampf gegen Papen, Hugenberg und Schleicher, denen man die Realisierung dieser Pläne zutraute. Das Verhältnis zu Papen war auch durch Ressentiments gegenüber dem Parteiabtrünnigen bestimmt. Als Ausweg aus der Krise proklamierte das Zentrum die autoritäre Demokratie, eine Synthese von Präsidialgewalt und eingeschränktem Parlamentarismus (S. 127).

Junker arbeitet ausführlich den katholischen Staatsbegriff heraus, wie er – jedenfalls in jenen Jahren – Geltung hatte. Es kann für die Kirche keine Entscheidung für eine bestimmte historische Staatsform geben, da der politische Sachbereich neben dem religiösen seine eigenständige Bedeutung besitzt. Staatsformen mögen daher kommen und gehen; ihre erste Pflicht wird es bleiben, auf dem Boden der jeweils bestehenden Tatsachen nach den Geboten der kirchlichen Lehre und Moral zu leben und besonders die Stellung der Kirche zu verteidigen. Danach hat das Zentrum gehandelt: Es suchte einen Kompromiß mit Hitler und zog sich dabei auf die Verteidigung seiner eigenen Interessen zurück. Als diese von Hitler brutal verletzt wurden, kam es zum unüberbrückbaren Konflikt. Anfangs jedoch wurde versucht, den Willen zur Mitarbeit aus der katholischen Staatslehre zu legitimieren. Für die Katholiken komme es darauf an, durch Mitarbeit das Gemeinwohl auf dem Boden der neuen Ordnung zu befestigen (Germania, 19. März 1933). D. Junker zeigt deutlich auf Grund des Tagebuches von Kaas, wie sehr dieser sich von Hitler täuschen ließ, als er in seiner Regierungserklärung vom 23. März 1933 die „christlichen Konfessionen“ zu wichtigen „Faktoren der Erhaltung unseres Volkstums“ erklärte. „... Ihre Rechte sollen nicht angetastet werden.“

Entgegen der Forderung Brünnings hat dann auf Drängen von Kaas das Zentrum dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt, „mit Rücksicht auf die Partei und ihre Zukunft“. Dem schlossen sich dann auch die Gegner des Ermächtigungsgesetzes an (Brüning, Wirth, Joos, Graf Galen), obwohl sie mit Recht bereits befürchteten, daß sie damit „auch noch den Strick“ lieferten, „an dem sie hernach aufgehängt würden“ (S. 187).

Der Verf. behandelt ferner die Konkordatsverhandlungen, die aufgenommen wurden, weil die Kirche 1933 den zutiefst verbrecherischen Charakter des Antichristen Hitler längst nicht erkannt hatte; man sah in Hitler eher den Antikommunisten als den Antichristen, eine Art von deutschem Mussolini, der mit relativ leichter Hand über das katholische Italien regierte. So wurden Hitlers Konzessionen im Konkordat angenommen und dafür die politische Repräsentation des Katholizismus durch die Zentrumspartei geopfert.

Ausführlich geht der Verf. auf die einzelnen Stadien der Konkordatsverhandlungen ein, bei denen Hitler im Hintergrund die treibende Kraft war und immer neue Konzessionen erzwang. Ihm ging es keineswegs nur um das Verschwinden der Zentrumspartei, sondern auch um das Zerschlagen des reichen katholischen Vereinslebens.

Das Bestreben des Zentrums, auf dem Boden der Verfassung zu bleiben, hat Hitler den Weg gebahnt, das Unvermögen, seine teuflische Mentalität zu erkennen, hat das Schicksal der Republik besiegelt; die opportunistische Begrenzung, allein auf den Schutz der eigenen Interessen bedacht zu sein, hat diese schließlich selbst schwer beeinträchtigt. Die Juden freilich waren bereits von allem An-

fang an aus allen Beteuerungen Hitlers zum Schutze des Christentums ausgenommen worden, denn er hatte Kaas lapidar erklärt: Das Judentum sei eine „fremde Rasse, nicht Religion“. Offenbar hatten sich die Zentrumspolitiker mit diesem Hinweis begnügt. E. L. Ehrlich

KURT MEIER: Kirche und Judentum. Die Haltung der evangelischen Kirche zur Judenpolitik des Dritten Reiches. Göttingen 1968. Vandenhoeck und Ruprecht. 153 Seiten.

In den Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes, Ergänzungssreihe, erschien als Lizenzausgabe im Verlag Vandenhoeck und Ruprecht die 1968 zuerst bei Max Niemeyer, Halle, veröffentlichte Studie von Kurt Meier zur Haltung der evangelischen Kirche gegenüber der Judenpolitik des Dritten Reiches. Der Band gliedert sich in einen Darstellungs- und einen Dokumententeil. Den Schluß bildet ein Kapitel zur Interpretation von Luthers Judenschriften. Für Meier ist kirchenpolitisch die NS-Judengesetzgebung insofern bedeutsam, als ihre Übertragung auf den kirchlichen Bereich zur Entstehung des Kirchenkampfes in der evangelischen Kirche beitrug. Eingehend referiert er über die Reaktion auf die Einführung des Arierparagraphen in den kirchlichen Bereich. Er kommt dabei zu dem Ergebnis: „Der theologisch begründete Protest der bekennenden Kräfte innerhalb der evangelischen Kirche beschränkte sich auf den kirchlichen Arierparagraphen. Gegen den staatlichen Arierparagraphen erhob sich kein offizieller Widerspruch. Im Gegenteil: Selbst die wüsten Boykottmaßnahmen Anfang April 1933 ... wurden von leitenden Persönlichkeiten der evangelischen Kirche ... als berechtigt hingestellt“ (S. 25). Nur zaghaft waren die Bemühungen der obersten deutschen Kirchenbehörde, das Los zumindest der Christen jüdischer Abkunft zu mildern. Die Absicht der Bekennenden Kirche, angesichts der Nürnberger Gesetze öffentlich zur Judengesetzgebung Stellung zu nehmen, veranlaßte den bayerischen Landesbischof Meiser vor einem „selbstverschuldeten Martyrium“ zu warnen (S. 29). Aus der bedrängten Lage der Bekennenden Kirche 1938 erklärt es der Verfasser, daß sie nach der Reichskristallnacht keinen Gesamtprotest einlegte, es vielmehr bei Einzelprotesten blieb. Kritisch nimmt der Verfasser zu den Protesten des württembergischen Landesbischofs Wurm Stellung, weil dieser in seiner Eingabe an den Reichsjustizminister erklärte, er bestreite dem Staat nicht das Recht, „das Judentum als ein gefährliches Element zu bekämpfen“ (33). Die Denkschrift von Hermann Diem, die Assimilierung wie Verfolgung ablehnte, sah die Lösung der Judenfrage in der Bekehrung zum Christentum. Noch Schlimmeres geschah in deutschchristlich regierten Gebieten. So wurde in Eisenach am 6. Mai 1939 ein Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben begründet. Aber der Verfasser kann auch von der Tätigkeit des Büros Grüber wie auch von den späteren klaren Protesten des Landesbischofs Wurm berichten, die sich gegen die „Endlösung“ richteten¹. Aber man muß seiner Schlußfolgerung beipflichten: „Gegen die auf der Grundlage der Rassengesetze ausgelöste Lawine des Massenmordes am jüdischen Volke konnte der späte Appell an die NS-Machthaber nichts ausrichten. Auch hier bewahrheitete sich, was gegenüber jeder Inhumanität gilt: Wehret den Anfängen!“ (S. 46). W. E.

¹ S. u. S. 121, Anm. 1. (Anm. d. FR)